

# TRACTATENBLAD

VAN HET

## KONINKRIJK DER NEDERLANDEN

### JAARGANG 1970 Nr. 118

#### A. TITEL

*Verdrag inzake de niet-verspreiding van kernwapens;  
Londen/Moskou/Washington, 1 juli 1968*

#### B. TEKST

De Engelse en de Franse tekst van het Verdrag zijn geplaatst in *Trb.* 1968, 126.

Behalve voor de in *Trb.* 1968, 126 genoemde Staten is het Verdrag voorts voor de volgende Staten ondertekend:

	te Londen	te Moskou	te Washington
Australië	27- 2-1970	27- 2-1970	27- 2-1970
de Bondsrepubliek Duitsland	28-11-1969 <sup>1)</sup>	28-11-1969 <sup>2)</sup>	28-11-1969 <sup>2)</sup>
Boven-Volta de DDR <sup>3)</sup>		2- 8-1969 1- 7-1968	25-11-1968
Indonesië	2- 3-1970		2- 3-1970
Italië	28- 1-1969	28- 1-1969	28- 1-1969
Jamaica	14- 4-1969	14- 4-1969	14- 4-1969
Japan	3- 2-1970 <sup>4)</sup>	3- 2-1970 <sup>2)</sup>	3- 2-1970 <sup>2)</sup>
Mali		15- 7-1969	14- 7-1969
Malta			17- 4-1969
San Marino		21-11-1968	
Singapore	5- 2-1970	5- 2-1970	5- 2-1970
Soedan		24-12-1968	

	te Londen	te Moskou	te Washington
Swaziland	24- 6-1969		
Turkije	28- 1-1969	28- 1-1969	28- 1-1969
Zuid-Jemen		14-11-1968	
Zuidslavië	10- 7-1968		
Zwitserland	27-11-1969 <sup>5)</sup>	27-11-1969 <sup>2)</sup>	27-11-1969 <sup>2)</sup>

1) De ondertekening door de vertegenwoordiger van de Bondsrepubliek Duitsland werd voorafgegaan door de volgende verklaring: "With reference to the Note handed by the Government of the Federal Republic of Germany to the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland in its capacity as depositary Government". De tekst van bedoelde nota en van de verklaring die de nota vergezeldt luidt als volgt:

„Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, aus Anlass und in förmlicher Verbindung mit ihrer heutigen Unterzeichnung des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen der Regierung des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Nordirland die nachstehenden Voraussetzungen darzulegen, unter denen sie den Vertrag unterzeichnet.

#### I

Die Bundesregierung geht davon aus,

- dass der Vertrag der Bundesrepublik Deutschland gegenüber so ausgelegt und angewendet wird wie gegenüber den anderen Vertragsparteien;
- dass die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Verbündeten weiterhin durch die NATO oder ein entsprechendes Sicherheitssystem gewährleistet bleibt;
- dass die Resolution Nr. 255 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen sowie die dieser zugrunde liegenden Absichtserklärungen der Vereinten Staaten, der Sowjetunion und Grossbritanniens uneingeschränkt auch für die Bundesrepublik Deutschland gelten;
- dass der Vertrag den Zusammenschluss der europäischen Staaten nicht behindert;
- dass die Vertragsparteien die im Vertrag vorgesehenen Abrüstungsverhandlungen, insbesondere auf dem Gebiet der nuklearen Waffen, alsbald aufnehmen werden.

#### II

Die Bundesregierung erklärt, dass

- mit Unterzeichnung dieses Vertrages keine völkerrechtliche Anerkennung der DDR verbunden ist;
- für die Bundesrepublik Deutschland daher auch im Rahmen dieses Vertrages keine völkerrechtlichen Beziehungen zur DDR entstehen.

#### III

Soweit die friedliche Nutzung der Kernenergie und das mit der IAEO abzuschliessende Überprüfungsabkommen betroffen sind, geht die Bundesregierung von folgendem aus:

a) *Beschränkung auf den Vertragszweck*

Der Zweck des Vertrages ist, die gegenwärtigen Nichtkernwaffenstaaten daran zu hindern, Kernwaffen und sonstige Kernsprengkörper herzustellen

oder sonstwie zu erwerben. Die Bestimmungen des Vertrages sind daher ausschliesslich auf die Verwirklichung dieses Zieles gerichtet. Keinesfalls führen diese Bestimmungen zu einer Beschränkung der Verwendung von Kernenergie für andere Zwecke durch die Nichtkernwaffenmächte.

b) *Forschung und Entwicklung*

Freiheit von Forschung und Entwicklung ist von wesentlicher Bedeutung für die Förderung der friedlichen Verwendung von Kernenergie, und es steht für die Bundesrepublik Deutschland ausser Zweifel, dass der Vertrag niemals so ausgelegt oder angewandt werden kann, dass er Forschung und Entwicklung auf diesem Gebiet behindert oder unterbindet. Die Bundesregierung hat die Erklärung des amerikanischen Ständigen Vertreters bei den Vereinten Nationen vom 15. Mai 1968 und insbesondere folgende Feststellungen daraus zur Kenntnis genommen:

„... Jegliche Besorgnis ist unbegründet, dieser Vertrag würde Nichtkernwaffenstaaten Verbote oder Beschränkungen hinsichtlich der Möglichkeit zur Entwicklung ihrer Fähigkeiten auf dem Gebiete der Kernwissenschaft und -technik auferlegen;“

„Dieser Vertrag fordert von keinem Staat, einen Status technologischer Abhängigkeit hinzunehmen oder von Entwicklungen in der Kernforschung ausgeschlossen zu sein;“

„Das gesamte Gebiet der mit der Erzeugung elektrischer Energie verbundenen Kernwissenschaft . . . . . wird allen, die es nutzen wollen, nach diesem Vertrag zugänglicher werden. Hierzu gehört nicht nur die gegenwärtige Generation von Kernkraftreaktoren, sondern auch die fortgeschrittene, noch in der Entwicklung befindliche Technologie von Schnellen Brutreaktoren, die bei der Erzeugung von Energie gleichzeitig mehr spaltbares Material erzeugen als sie verbrauchen;“

und

„Viele Nationen betreiben gegenwärtig Forschung auf einem noch fortgeschritteneren Gebiet der Wissenschaft, nämlich dem der gesteuerten thermonuklearen Fusion. Die künftigen Entwicklungen dieser Wissenschaft und Technologie könnten durchaus zum Reaktor der Zukunft führen, in dem der Vorgang der Spaltung von Uran oder Plutonium durch Verschmelzungsreaktionen von Wasserstoffisotopen als Energiequelle ersetzt wird. Die Technologie der gesteuerten thermonuklearen Fusion ist vom Vertrage nicht betroffen . . . .“

c) *Beweislast*

Im Zusammenhang mit Artikel III Absatz 3 und Artikel IV des Vertrages ist keine nukleare Tätigkeit auf dem Gebiet der Forschung, Entwicklung, Herstellung oder Verwendung zu friedlichen Zwecken untersagt, noch kann die Lieferung von Kenntnissen, Material und Ausrüstungen Nichtkernwaffenstaaten allein auf der Grundlage von Unterstellungen verweigert werden, dass eine derartige Tätigkeit oder eine derartige Lieferung zur Herstellung von Kernwaffen oder sonstigen Kernsprengkörpern verwendet werden kann.

d) *Austausch von Informationen*

Artikel IV begründet für Vertragsparteien, die hierzu in der Lage sind, die Verpflichtung zusammenzuarbeiten, um zur Weiterentwicklung der Anwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke beizutragen. Daher erwartet die Bundesregierung, dass Massnahmen zur Beschränkung des unbehinderten Flusses wissenschaftlicher und technologischer Informationen überprüft werden, damit der weitest mögliche Austausch von wissenschaftlichen und technologischen Informationen für friedliche Zwecke gefördert wird.

e) *Sonstige Kernsprengkörper*

Beim gegenwärtigen Stand der Technik sind Kernsprengkörper Vorrichtungen, die in Bruchteilen von Sekunden in unkontrollierter Weise eine grosse Menge von Kernenergie unter Entwicklung von Stosswellen freisetzen, d.h. Vorrichtungen, die als Kernwaffen verwendet werden können.

Die Bundesregierung ist gleichzeitig der Auffassung, dass der Nichtverbreitungsvertrag Fortschritte auf dem Gebiet der Entwicklung und Anwendung der Technologie der friedlichen Verwendung von Kernsprengmitteln nicht behindern darf.

f) *Sicherungs- und Verifikationsabkommen*

Es besteht keine Unvereinbarkeit zwischen den Zielen des Nichtverbreitungsvertrages und des EURATOM-Vertrages. In Bezug auf die Sicherungsmassnahmen, die in seinem Artikel III vorgesehen sind, beschränkt sich der Nichtverbreitungsvertrag darauf, auf die Abkommen zu verweisen, die noch mit der IAEO zu schliessen sind und deren Inhalt daher noch nicht festliegt.

Die in Artikel III Absatz 1 und 4 beschriebenen Sicherungsabkommen mit der IAEO können von den Vertragsparteien nicht nur „einzeln“, sondern auch „zusammen mit anderen Staaten“ abgeschlossen werden. Die Staaten, die einer Organisation angehören, deren Tätigkeit mit der der IAEO verwandt ist, genügen der Verpflichtung zum Abschluss dadurch, dass die betreffende Organisation das Abkommen mit der IAEO schliesst, wie es auch in Artikel XVI des IAEO-Statuts und im IAEO-Sicherungssystem vorgesehen ist.

Die Kontrollverpflichtung ausserhalb des eigenen Hoheitsgebietes gemäss Artikel III Absatz 1 besteht nur dann, wenn eine nichtnukleare Vertragspartei die beherrschende und wirksame Verfügungsgewalt über eine nukleare Anlage hat.

Um zu vermeiden, dass die Durchführung des NV-Vertrages mit der Einhaltung der Bestimmungen des EURATOM-Vertrages unvereinbar ist, müssen die Überprüfungsmaßnahmen so definiert werden, dass die Rechte und Pflichten der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft unberührt bleiben, entsprechend der Stellungnahme, die die Kommission aufgrund des Artikels 103 des EURATOM-Vertrages abgegeben hat.

Zu diesem Zweck wird die Kommission der Europäischen Gemeinschaften in Verhandlungen mit der IAEO eintreten müssen.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland beabsichtigt, den NV-Vertrag so lange nicht zur Ratifizierung vorzulegen, bis die Verhandlungen zwischen der Kommission und der IAEO zu einer Einigung geführt haben.

#### IV

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland bekräftigt die anliegende Erklärung, die sie bei Unterzeichnung des NV-Vertrages abgegeben hat.

*Erklärung der Bundesregierung aus Anlass der Unterzeichnung  
des NV-Vertrages*

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

(1) begrüsst es, dass das Prinzip der Nichtverbreitung von Kernwaffen nunmehr weltweit in einem Vertrag verfestigt worden ist, und weist darauf hin, dass die Bundesrepublik Deutschland bereits im Oktober 1954 im Brüsseler Vertrag auf die Herstellung nuklearer, biologischer und chemischer Waffen verzichtet hat und entsprechende Kontrollen angenommen hat;

(2) bekräftigt ihre Erwartung, dass der Vertrag ein Meilenstein auf dem Wege zur Abrüstung, zur internationalen Entspannung und zum Frieden

sein wird und dass er einen gewichtigen Beitrag zur Schaffung einer auf die Sicherheit unabhängiger Völker und dem Fortschritt der Menschheit gründenden internationalen Gemeinschaft leistet;

(3) geht davon aus, dass der Vertrag der Bundesrepublik Deutschland gegenüber so ausgelegt und angewendet wird wie gegenüber den anderen Vertragsparteien;

(4) geht davon aus, dass die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland durch die NATO gewährleistet bleibt; sie bleibt ihrerseits den kollektiven Sicherheitsregelungen der NATO uneingeschränkt verpflichtet;

(5) geht davon aus, dass die Resolution Nr. 255 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen sowie die diesen zugrunde liegenden Absichtserklärungen der Vereinigten Staaten, Grossbritanniens und der Sowjetunion uneingeschränkt auch für die Bundesrepublik Deutschland gelten;

(6) stellt fest, dass die in der Präambel des Vertrages enthaltenen Grundsätze und die in Artikel 2 der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten völkerrechtlichen Prinzipien, die jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete Androhung oder Anwendung von Gewalt ausschliessen, unabdingbare und auch für die Bundesrepublik Deutschland uneingeschränkt geltende Voraussetzungen des Vertrages selbst sind;

(7) unterzeichnet den Vertrag in der Erwartung, dass er auch andere Abkommen über das Verbot der Anwendung und Androhung von Gewalt, die der Sicherung des Friedens in Europa dienen, fördert;

(8) stellt fest, dass die Bundesrepublik Deutschland in einer Lage, in der sie ihre höchsten Interessen gefährdet sieht, frei bleiben wird, unter Berufung auf den in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen niedergelegten völkerrechtlichen Grundsatz, die für die Wahrung dieser Interessen erforderlichen Massnahmen zu ergreifen;

(9) unterzeichnet den Vertrag in der Überzeugung, dass er den europäischen Zusammenschluss nicht behindert;

(10) betrachtet den Vertrag nicht als einen Endpunkt, sondern vielmehr als Ausgangspunkt für die im Vertrag selbst zu dessen natürlicher Ergänzung und wirksamer Durchführung vorgesehenen Verhandlungen über die Abrüstung, die friedliche Nutzung der Kernenergie und die sich für die friedliche Anwendung der Kernenergie ergebenden Vorteile;

(11) betont, dass die Forschung, Entwicklung und Nutzung der Kernenergie für friedliche Zwecke und die inter- sowie multinationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet durch den Vertrag nicht nur nicht beeinträchtigt werden darf, sondern sogar gefördert werden soll, besonders bei den Nichtkernwaffenstaaten;

(12) stellt fest, dass keine Unvereinbarkeit zwischen den Zielen des Nichtverbreitungsvertrages und des EURATOM-Vertrages besteht;

(13) geht davon aus, dass die in Artikel III des NV-Vertrages beschriebenen Übereinkünfte zwischen der IAEO und EURATOM auf der Grundlage des Prinzips der Verifikation geschlossen werden und dass die Verifikation in einer Weise erfolgt, welche die politischen, wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und technischen Aufgaben der Europäischen Atomgemeinschaft nicht beeinträchtigt;

(14) besteht darauf, dass die Sicherungsmassnahmen entsprechend dem Wortlaut und Geist des Vertrages nur auf Ausgangs- und besonderes spaltbares Material und in Übereinstimmung mit dem Grundsatz einer wirksamen Sicherung des Spaltstoffflusses an bestimmten strategischen Punkten Anwendung finden. Sie geht davon aus, dass die im Vertrag verwendeten Worte „Ausgangsmaterial“ und „besonderes spaltbares Material“ – vorbehaltlich von der Bundesrepublik Deutschland ausdrücklich angenom-

mener Änderungen – die im gegenwärtigen Wortlaut des Artikels XX der Satzung der IAEO festgelegte Bedeutung haben;

(15) geht davon aus, dass jede Vertragspartei bestimmt, welche „Ausrüstungen und Materialien“ für sie unter die Exportauflage des Artikels III Absatz 2 fallen. Die Bundesrepublik Deutschland wird dabei lediglich solche Auslegungen und Definitionen der Begriffe „Ausrüstungen und Materialien“ akzeptieren, denen sie ausdrücklich zugestimmt hat;

(16) bekräftigt die Notwendigkeit einer Regelung der Frage der Kontrollkosten in einer Weise, die den Nichtkernwaffenstaaten keine unbilligen Lasten aufbürdet;

(17) erklärt, dass die Bundesrepublik Deutschland den NV-Vertrag erst dann zu ratifizieren beabsichtigt, wenn zwischen EURATOM und der IAEO ein dem Artikel III des NV-Vertrages entsprechendes Abkommen abgeschlossen ist, das nach Form und Inhalt die Voraussetzungen der Ziffern 13, 14, 15 und 16 dieser Erklärung erfüllt, und die Vereinbarkeit mit dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft festgestellt worden ist;

(18) betont die entscheidende Bedeutung, die sie im Interesse der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Chancengleichheit der Erfüllung der Zusage der Vereinigten Staaten und Grossbritanniens hinsichtlich der Kontrolle ihrer friedlichen nuklearen Anlagen beisimmt und hofft, dass auch andere Kernwaffenstaaten entsprechende Zusagen abgeben werden;

(19) bekräftigt ihre Auffassung, dass bis zum Abschluss des Abkommens zwischen der IAEO und EURATOM die zwischen EURATOM und den Vertragsparteien des NV-Vertrages getroffenen Liefervereinbarungen in Kraft bleiben und nach Inkrafttreten des NV-Vertrages Lieferabkommen im Interesse eines ungehinderten Austausches von Kenntnissen, Ausrüstungen und Material zu friedlichen Zwecken von allen zusätzlichen politischen und administrativen Beschränkungen befreit werden sollten.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet heute in Washington, London und Moskau, den Hauptstädten der drei Verwahrregierungen, den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen.

Am gleichen Tage übergibt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland den Verwahrregierungen – bei gleichzeitiger Unterrichtung der Regierungen aller Staaten, mit denen die Bundesrepublik Deutschland diplomatische Beziehungen unterhält – den Wortlaut einer Note, mit der sie diese Erklärung den genannten Regierungen zur Kenntnis bringt. Die Note enthält auch die bekannten deutschen Interpretationen des NV-Vertrages zur Sicherung des friedlichen Bereichs und des Verifikationsabkommens, das zwischen der IAEO und EURATOM gemäss Artikel III des NV-Vertrages zu schliessen ist.”

2) Bij de ondertekening is een soortgelijke verklaring afgelegd als bij de ondertekening te Londen.

3) De DDR wordt door het Koninkrijk der Nederlanden niet erkend.

4) Onder de volgende verklaring:

“The Government of Japan, believing that the proliferation of nuclear weapons would increase the danger of nuclear war, has always been in favour of the spirit underlying this Treaty, since the prevention of the proliferation of nuclear weapons is in accord with its policy with regard to the maintenance of world peace.

The Government of Japan is signing this Treaty on the basis of its fundamental position which is stated below.

The Government of Japan is convinced that this Treaty will serve as a first step towards nuclear disarmament and hopes that as many states as

possible will adhere to this Treaty to make it effective. The Government of Japan hopes, especially, that the Governments of the Republic of France and the People's Republic of China which possess nuclear weapons but have yet to express their intention of adhering to this Treaty will become parties thereto at an early date and pursue negotiations in good faith on nuclear disarmament and that they will refrain, even before that, from taking such actions as are contrary to the purposes of this Treaty.

This Treaty permits only the present nuclear-weapon states to possess nuclear weapons. This discrimination should ultimately be made to disappear through the elimination of nuclear weapons by all the nuclear-weapon states from their national arsenals. Until such time the nuclear-weapon states should be conscious of the fact that they have special responsibilities as a consequence of this special status.

The prohibition under this Treaty applies solely to the acquisition of nuclear weapons and other nuclear explosive devices and of control over them. Therefore, this Treaty must in no way restrict non-nuclear-weapon states in their research, development, or implementation of the peaceful use of nuclear energy, or in their international cooperation in these fields, nor must it subject them to discriminatory treatment in any aspect of such activities.

The Government of Japan wishes to state that it has a deep interest in the following matters in the light of its basic position stated above.

This government stresses that it will also concern itself most vigorously with these matters when it decides to ratify the Treaty as well as when it participates in the review of its operation in the future as a party to the Treaty.

#### I. Disarmament and Security

1. Under Article VI of the Treaty each state party "undertakes to pursue negotiations in good faith on effective measures relating to cessation of the nuclear arms race at an early date and to nuclear disarmament, and on a treaty on general and complete disarmament under strict and effective international control." The Government of Japan believes it essential for the attainment of the purposes of this Treaty that, above all, the nuclear-weapon states should take concrete nuclear disarmament measures in pursuance of this undertaking. As a member of the Committee on disarmament, Japan is also prepared to cooperate in the furtherance of disarmament.

2. The Government of Japan deems it important that in the preamble to the Treaty there is a provision stating that "in accordance with the Charter of the United Nations, states must refrain in their international relations from the threat or use of force against the territorial integrity or political independence of any state, or in any other manner inconsistent with the purposes of the United Nations." It also wishes to emphasize that the nuclear-weapon states must not have recourse to the use of nuclear weapons or threaten to use such weapons against non-nuclear-weapon states.

3. The Government of Japan also attaches great importance to the declarations of the United States, the United Kingdom, and the Soviet Union affirming their intention to seek immediate Security Council action to provide assistance, in accordance with the Charter of the United Nations, to any non-nuclear-weapon state, party to the Treaty, that is a victim of an act of aggression or an object of a threat of aggression in which nuclear weapons are used, and hopes that the nuclear-weapon states will continue their studies with regard to effective measures to ensure the security of non-nuclear-weapon states.

4. The Government of Japan, pending its ratifications of this Treaty, will pay particular attention to developments in disarmament negotiations

and progress in the implementation of the Security Council resolution on the security of non-nuclear-weapon states and continue to make a close study of other problems which require consideration for the safeguarding of her national interests.

5. The Government of Japan takes note of the fact that Article X of the Treaty provides that: "each party shall in exercising its national sovereignty have the right to withdraw from the Treaty if it decides that extraordinary events, related to the subject matter of this Treaty, have jeopardized the supreme interests of its country."

## II. Peaceful Uses of Nuclear Energy

1. The safeguards agreement to be concluded by Japan with the International Atomic Energy Agency in accordance with Article III of the Treaty must not be such as would subject her to disadvantageous treatment as compared with the safeguards agreements which other states parties conclude with the same agency, either individually or together with other states. The Government of Japan intends to give full consideration to this matter before taking steps to ratify the Treaty.

2. The Government of Japan greatly appreciates, as a measure supplementing this Treaty, the declarations of the Governments of the United States and the United Kingdom, which are both nuclear-weapon states, that they will accept the application of safeguards of the International Atomic Energy Agency to all their nuclear activities, excluding only those directly related to their national security, and earnestly hopes that these assurances will be faithfully implemented. It also hopes most earnestly that the other nuclear-weapon states will take similar action.

3. Safeguards should be subject to the principle that they should be applied at certain strategic points of the nuclear fuel cycle, and the procedure for their application must be rational when considered from the point of view of cost-effectiveness and made as simple as possible by making the maximum use of material control systems of the respective countries. Furthermore, adequate measures must be taken to ensure that the application of safeguards does not cause the leakage of industrial secrets or otherwise hinder industrial activities. The Government of Japan hopes that the International Atomic Energy Agency will make constant efforts to improve safeguards in the light of technological developments with the above aims in mind. This government is prepared to cooperate in such efforts and hopes that the states concerned will also cooperate to achieve this end.

4. The Government of Japan understands that no unfair burden in connection with the cost of applying safeguards will be imposed on the non-nuclear-weapon states to which such safeguards are to be applied.

5. The Government of Japan considers that, when safeguards are applied in accordance with the safeguards agreement to be concluded by Japan with the International Atomic Energy Agency under Article III of this Treaty, steps should be taken to arrange that such safeguards supersede the existing safeguards which are being applied in connection with Japan's cooperation with the United States, the United Kingdom, and Canada in the peaceful use of nuclear energy.

6. Concrete measures should be taken to promote the implementation of the provisions of Articles IV and V of the Treaty relating to international cooperation for the peaceful use of nuclear energy and for the peaceful application of nuclear explosions. In particular, no peaceful nuclear activities in non-nuclear-weapon states shall be prohibited or restricted, nor shall the transfer of information, nuclear materials, equipment, or other material relating to the peaceful use of nuclear energy be denied to non-nuclear-weapon states, merely on the grounds that such



activities or transfers could be used also for the manufacture of nuclear weapons or other nuclear explosive devices.”.

5) Onder de volgende verklaring:

„A l'occasion de la signature apposée en ce jour sur le traité de non-prolifération des armes nucléaires, le Gouvernement Suisse déclare expressément qu'il ne soumettra le traité à l'approbation du Parlement que lorsqu'il considérera comme suffisant le degré d'universalité atteint.

Le Gouvernement Suisse se réserve au surplus de faire au moment du dépôt de l'instrument de ratification les déclarations qui lui paraîtront nécessaires.”.

C. VERTALING

D. GOEDKEURING

Zie *Trb.* 1968, 126.

E. BEKRACHTIGING

De volgende Staten hebben overeenkomstig artikel IX, tweede lid, van het Verdrag een akte van bekrachtiging nedergelegd:

	te Londen	te Moskou	te Washington
Afghanistan	5- 3-1970	5- 2-1970	4- 2-1970
Botswana	28- 4-1969		
Boven-Volta			3- 3-1970
Bulgarije	3-11-1969	18- 9-1969	5- 9-1969
Canada	8- 1-1969	8- 1-1969	8- 1-1969
China (Taiwan)			27- 1-1970
Costa Rica			3- 3-1970
Cyprus	5- 3-1970	10- 2-1970	16- 2-1970
Denemarken	3- 1-1969	3- 1-1969	3- 1-1969
de DDR <sup>1)</sup>		31-10-1969	
Ecuador			7- 3-1969
Ethiopië	5- 3-1970	5- 2-1970	5- 3-1970
Finland	5- 2-1969	5- 2-1969	5- 2-1969
Ghana		11- 5-1970	
Griekenland			11- 3-1970
Hongarije	27- 5-1969	27- 5-1969	27- 5-1969
Ierland	4- 7-1968	2- 7-1968	1- 7-1968
Indonesië		27- 2-1970	
Irak		29-10-1969	

	te Londen	te Moskou	te Washington
Iran	5- 3-1970	10- 2-1970	2- 2-1970
Jamaica	5- 3-1970	5- 3-1970	5- 3-1970
Jordanië			11- 2-1970
Kameroen			8- 1-1969 <sup>2)</sup>
Laos	5- 3-1970	20- 2-1970	5- 3-1970
Liberia			5- 3-1970
de Maldiven			7- 4-1970
Maleisië	5- 3-1970	5- 3-1970	5- 3-1970
Mali		10- 2-1970	5- 3-1970
Malta			6- 2-1970
Mauritius	14- 4-1969	25- 4-1969	8- 4-1969
Mexico	21- 1-1969	21- 1-1969	21- 1-1969
de Mongoolse Volksrepubliek		14- 5-1969 <sup>3)</sup>	
Nepal	3- 2-1970	9- 1-1970	5- 1-1970
Nieuw-Zeeland	10- 9-1969	10- 9-1969	10- 9-1969
Nigeria	27- 9-1968	14-10-1968	7-10-1968
Noorwegen	5- 2-1969	5- 2-1969	5- 2-1969
Oostenrijk	27- 6-1969	27- 6-1969	27- 6-1969
Paraguay	5- 3-1970		4- 2-1970
Perú			3- 3-1970
Polen	12- 6-1969	12- 6-1969	12- 6-1969
Roemenië	4- 2-1970	4- 2-1970	4- 2-1970
Somalië	5- 3-1970		
de Sowjet-Unie	5- 3-1970	5- 3-1970	5- 3-1970
Swaziland	11-12-1969	12- 1-1970	16-12-1969
Syrië		24- 9-1969 <sup>4)</sup>	
Togo			26- 2-1970
Tsjechoslowakije	22- 7-1969	22- 7-1969	22- 7-1969
Tunesië	26- 2-1970	26- 2-1970	26- 2-1970
het Verenigd Konink- rijk van Groot-Brit- tannië en Noord- Ierland	27-11-1968 <sup>6)</sup>	29-11-1968 <sup>6)</sup>	27-11-1968 <sup>5)</sup>
de Verenigde Staten van Amerika	5- 3-1970	5- 3-1970	5- 3-1970
IJsland	18- 7-1969	18- 7-1969	18- 7-1969
Zuidslavië	5- 3-1970	5- 3-1970	4- 3-1970
Zweden	9- 1-1970	9- 1-1970	9- 1-1970

1) De DDR wordt door het Koninkrijk der Nederlanden niet erkend.

2) Onder de volgende verklaring:

"The Government of the Federal Republic of Cameroon is unable to accept the reservation made by the Government of the United Kingdom on page 4 paragraph 4 regarding its dependent territory of Southern Rhodesia. The responsibility of the Government of the United Kingdom for the affairs of this dependent territory has been affirmed and reaffirmed on the one hand by various resolutions of the Security Council and the General Assembly of the United Nations Organisation, and on the other hand by policy statements of prominent spokesmen for the United Kingdom Government. On November 12, 1965, Mr. Michael STEWART, British Foreign Secretary told the United Nations Security Council "... the only lawful government of Southern Rhodesia is the Government of the United Kingdom ... it is, clearly and unmistakably a British responsibility to establish the rule of law in Southern Rhodesia ...", and he went on to say: "... let me remind you, of one quality of the British. Once we have decided on a course of action we do not fall short in courage or resolution in carrying it through".

It is therefore the position of the Government of the Federal Republic of Cameroon that the Government of the United Kingdom, being the lawful Government of Rhodesia, remains responsible for the implementation of the obligations imposed by this Treaty as well as other International Treaties and conventions until that territory is granted independence in accordance with the United Nations Resolution 2379 (XXIII).

The Government of the Federal Republic of Cameroon would like the Secretary of State of the Government of the United States of America to communicate this position of the Cameroon Government to member states in accordance with the provisions of Article IX paragraph 5 of the Treaty."

3) Onder de volgende verklaring:

„In overeenstemming met de resoluties van de Algemene Vergadering der Verenigde Naties draagt het Verenigd Koninkrijk van Groot-Brittannië en Noord-Ierland de volledige verantwoordelijkheid met betrekking tot Zuid-Rhodesië, zolang het volk van dit gebied nog geen echte onafhankelijkheid heeft verworven.

Hiervan uitgaande verklaart de Regering van de Mongoolse Volksrepubliek, dat de verplichtingen opgelegd door het Verdrag inzake de niet-verspreiding van kernwapens aan het Verenigd Koninkrijk van Groot-Brittannië en Noord-Ierland zich in gelijke mate dienen uit te strekken tot Zuid-Rhodesië." (*Vertaling*)

4) Onder het voorbehoud, dat de aanvaarding en de bekrachtiging van dit Verdrag door de Syrische Arabische Republiek op geen enkele wijze de erkenning van Israël beoogt en evenmin het aanknopen van betrekkingen, die voortspuiten uit zijn bepalingen, ten gevolge zal hebben. (*Vertaling*)

5) Onder de volgende verklaringen:

"that the Treaty is ratified in respect of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the Associated States (Antigua, Dominica, Grenada, Saint Christopher-Nevis-Anguilla and Saint Lucia) and Territories under the territorial sovereignty of the United Kingdom, as well as the State of Brunei, the Kingdom of Tonga and the British Solomon Islands Protectorate".

"Acting on instructions from Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign and Commonwealth Affairs I hereby declare that the pro-

visions of the Treaty shall not apply in regard to Southern Rhodesia unless and until the Government of the United Kingdom informs the other depository Governments that it is in a position to ensure that the obligations imposed by the Treaty in respect of that territory can be fully implemented.”.

6) Bij de bekrachtiging is een soortgelijke verklaring afgelegd als bij de bekrachtiging te Washington.

#### G. INWERKINGTREDING

De bepalingen van het Verdrag zijn ingevolge artikel IX, derde lid, op 5 maart 1970 in werking getreden voor de Sowjet-Unie, de Verenigde Staten van Amerika en het Verenigd Koninkrijk van Groot-Brittannië en Noord-Ierland, alsmede voor de overige Staten, welke op die datum een akte van bekrachtiging hadden nedergelegd.

Voor de Staten welke na 5 maart 1970 een akte van bekrachtiging of toetreding nederleggen, treedt het Verdrag ingevolge artikel IX, vierde lid, in werking op de datum van de nederlegging van de desbetreffende akte.

#### J. GEGEVENS

Zie *Trb.* 1968, 126.

Bij brieven van 9 december 1968 (Bijl. *Hand.* II 1968/69 – 9969 (R 683), nr. 1) is het Verdrag in overeenstemming met artikel 60, tweede lid, van de Grondwet en artikel 24, eerste lid, van het Statuut voor het Koninkrijk medegedeeld aan de Eerste en de Tweede Kamer der Staten-Generaal, aan de Staten van Suriname en aan de Staten van de Nederlandse Antillen.

Voor het op 26 juni 1945 te San Francisco tot stand gekomen Handvest der Verenigde Naties zie ook, laatstelijk, *Trb.* 1969, 104.

Voor het op 5 augustus 1963 te Moskou tot stand gekomen Verdrag tot het verbieden van proefnemingen met kernwapens in de dampkring, in de kosmische ruimte en onder water, zie ook, laatstelijk, *Trb.* 1969, 207.

Uitgegeven de drieëntwintigste juli 1970.

*De Minister van Buitenlandse Zaken,*  
J. LUNS.